

Breslauer Zeitung.



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhals pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insetionsgebühren für den Raum einer sechsteiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpedition: Getzenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 580. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves.

Mittwoch, den 11. December 1878.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

14. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. December.

12 Uhr. Am Ministerisch Graf zu Eulenburg mit mehreren Commissarien.

Von dem Abg. Paur ist eine Interpellation, betreffend die Pensionsverhältnisse der Elementarlehrer und der Lehrerwitwen und Waisen, angehängt.

Der Abg. Bürgers, Vertreter des 1. Düsseldorf'schen Wahlbezirks Lennep-Solingen, ist heute gestorben. Die Mitglieder des Hauses ehren sein Andenken, indem sie sich von ihren Sitzen erheben.

Auf den Antrag Windthorst's (Meppen) wird die Staatsregierung aufgefordert, die gegen den Abg. Franz von der Staatsanwaltschaft zu Oepeln wegen angeblicher Verletzung des Vereinsgesetzes eingeleitete Voruntersuchung für die Dauer der Session einzustellen.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufbringung der Gemeinde-Abgaben, eröffnet als erster Redner aus der großen Reihe derer, die sich zum Worte meldeten, der Abg. Löwe (Berlin) als Gegner der Vorlage. Im vorigen Jahre habe die betreffende Commission als die wesentlichsten Punkte, welche bei Wiedererlegung des Gesetzes zu berücksichtigen seien, die Aufhebung der indirecten Consumtionssteuern und die Aufhebung der Beamten-Exemptionen und der Steuerfreiheit des Fiskus bezeichnet. In allen diesen drei Punkten sei aber die Regierung in der diesjährigen Vorlage, trotz der bereits der Commission gegenüber gemachten Concessionen, auf ihren früheren Standpunkt zurückgekehrt. Bezüglich der Schlachtsteuer habe die Regierung damals erklärt, daß sie, außer ihrem Wohlwollen für die Gemeinden, kein materielles Interesse für Wiedereinführung derselben habe. Die Commission habe die Wiedereinführung als eine reactionäre Wendung in der Steuerpolitik, die nur eine Lockpfeife für die Gemeinden behufs geduldiger Uebernahme der auf sie zu wälzenden Staatsleistungen sei, abgelehnt, und in einem Artikel bestimmt, daß, abgesehen von den sechs Gemeinden, in denen sie fortbestand, in keiner preussischen Commune jemals wieder die Wahl- und Schlachtsteuer eingeführt werden dürfe.

Diese 6 Gemeinden von 76, welche die Schlachtsteuer nicht abgeschafft haben, können nicht deshalb, weil sie sich bei der gegenwärtigen Calamität mit dieser Einnahme wohlbedenkend, verlangen, daß eine längt als unwirtschaftlich erkannte Steuerpolitik wieder aufgenommen werde. Die Steuerexemptionen der Beamten vertheidigt die Regierung als ein wohlverordnetes Recht der Beamten. Wir erkennen dies an, wollen aber nicht, daß die Regierung ihre Verpflichtungen von sich auf die Communen abwälzt. Ein Extract aus unseren städtischen Rammereacten ergibt, daß zur Zeit in Berlin 20,306 Personen mit einem Einkommen von 53 1/2 Millionen Mark und einem Steueraufschlag von 956,222 Mark, also von 10 Procent unserer städtischen Einkommensteuer, auf Grund dieser Einrichtung, ermittel sind. Hierin sind Personen mit Einkommen von zusammen 38 1/2 Mill. Mark Staatsbediensteter, die übrigen Militärs, städtische Beamte, Gemeindelehrer u. s. w. Die Regierung erkennt nun wohl an, daß sie die Beamten bei Wegfall der Exemptionen durch Miethszulagen u. s. w. entschädigen müßte. Da aber die thatsächliche Finanzlage des Staates dies nicht gestattet, so sollen die Communen die Padesel für ihn abgeben. Die Steuerfreiheit des Fiskus sollte nach dem Beschlusse der Commission bezüglich aller verbleibenden Capitals ausgeschlossen sein. Die Regierung schloß sich auch hierin der Commission an, fand aber ein gutes Auskunftsmitel. Wenn nämlich die Umwandlung der preussischen Staatsbahnen in Reichseisenbahnen, über welche man jetzt mit der Reichsregierung verhandelt, erfolgt sein wird, so verlieren die Communen die bedeutenden Einnahmen aus den Staatsbahnen, da der Reichsfiskus in der Vorlage ausdrücklich von der Steuerpflicht ausgenommen ist. Das vorgelegte Gesetz ist aus diesen drei Gründen unannehmbar; eine erneute Beratung durch die Commission würde aber wahrscheinlich nicht dahin führen, daß die Regierung ihren Standpunkt in diesen drei Hauptfragen aufgäbe.

Ich halte aber den jetzigen Zeitpunkt für die Berathung dieses Gesetzes überhaupt für ungeeignet, weil die Frage, ob man die Communen ihre Einnahmen aus indirecten Steuern ziehen lassen soll, selbst von solchen, die wie ich geneigt sind, die Communalsteuer mehr auf den Realbesitz zu wälzen, nicht vor Erledigung der Fragen wegen Einführung indirecter Reichssteuern und wegen der beabsichtigten Ueberlassung eines Theiles der Gebäudesteuer an die Communen entschieden werden kann. Auch hat das Gesetz nicht etwa deswegen große Eile, weil einzelne Gemeinden im Osten ein großes Interesse an der Ordnung der Forenjenbesteuerung haben. Die Provinzial- und Communalbehörden, welche die Regierung darüber befragt haben, ob man nicht bei diesem Gesetz auch die Einführung dieser Steuern in die weiteren Communalverbände und die Heranziehung von Gebühren und anderen Dingen zu deren gesunden Reglementierung gesetzlich regeln solle, haben ja geantwortet, daß dies zur Zeit durchaus nicht möglich sei und am besten den einzelnen Communen überlassen werde. Dies halte auch ich im Großen und Ganzen für richtig. Ist aber eine Specialgesetzgebung bezüglich der Forenjenverhältnisse möglich, so möge die Regierung über diesen Punkt ein besonderes Gesetz vorlegen, welches das Haus ohne viele Schwierigkeiten annehmen wird, namentlich wenn dadurch die Forenjenbesteuerung zur Wahrheit wird. Das vorliegende Gesetz aber bitte ich nicht einer Commission zu überweisen. Denn wollen Sie jetzt einen anderen Standpunkt, als im Vorjahre einnehmen, so haben Sie keine Commission nötig. Wollen Sie aber die erwähnten drei Beschwerdepunkte aufrecht erhalten, so wird die Regierung wohl ebensowenig nachgeben, als sie es bis jetzt gethan. Wirft sie uns Mangel an Interesse für ein ihr so wichtiges Gesetz vor, so mag sie sich selbst die Schuld beimessen, daß dasselbe bei unserer großen Arbeitskraft nicht Beachtung findet, weil sie dasselbe Gesetz vorlegt, welches die Commission schon abgeändert hat. Ich bitte die zweite Beratung im Hause vorzunehmen und beantrage einfache Ablehnung des Gesetzes.

Abg. v. Bismarck (für die Vorlage): Den Gemeinden soll durch die Vorlage die Möglichkeit gegeben werden, in höherem Maße als bisher geübt, ihre Bedürfnisse auf dem Wege indirecter Besteuerung zu befriedigen. Wenn auch mit diesen Steuern erhebliche Nachteile verbunden sind, so ist doch die bis an die Grenze getriebene directe Besteuerung mit noch weit empfindlicheren Uebelständen verknüpft. Bei der Beurteilung, ob unsere directen Communalabgaben schon die Höhe erreicht haben, kann der richtige Maßstab nur durch Vergleichung mit dem Einkommen des Steuerzahlers gewonnen werden. Hierbei ist es unrichtig, wenn man sagt, daß die Lasten auf dem Lande sich nur auf den vierten Theil von denen in den Städten belaufen; man vergißt dabei die beträchtlichen Naturallasten für die Schule, Wegeverbesserung und Armenpflege mitzurechnen. In Berlin und Köln werden Communalbeiträge in Höhe von 20 Mark pro Kopf aufgebracht. Der Aufschlag zu der Staats-Einkommen- und Klassensteuer beträgt sich in Berlin auf 200, in Köln auf 180 Procent, in anderen Gemeinden des Reiches auf 3 bis 400 Procent, in 27 Gemeinden des Reiches auf mehr als 357 Procent und im Kreise Lennep auf 500 Procent. In diesem Momente können wir eine Erhöhung der indirecten Steuern, selbst wenn sie erhebliche Mängel mit sich brächte, nicht zurückweisen. Die kleinen Städte werden zwar zunächst von diesen Steuern keinen Vortheil haben, wohl aber die mittleren und die Landgemeinden. Die Exemptionen der Reichs- und Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrer würden wir, wenn es sich hier um eine neue Einrichtung handelte, ebenfalls nicht billigen, können sie aber jetzt nicht aufheben, ohne auf das Tiefste in Privatinteressen einzugreifen. Eine Entschädigung dieser Personen würde sich, einschließend der Geistlichen und Lehrer, auf 7 bis 8 Millionen Mark belaufen. Uebrigens haben die Orlschafften, welche durch die Exemptionen verlieren, andererseits durch die Anwesenheit der betreffenden Beamten bedeutende Vortheile. Der Fiskus muß da, wo er als Gewerbetreibender, also als Eisenbahn- oder Bergwerksbesitzer auftritt, ebenfalls der Besteuerung unterliegen. Die Bedenken des Vorredners hinsichtlich der Exemption des Reichsfiskus als Eisenbahnbesizers sind schon dadurch hinfällig, daß es überhaupt sehr zweifelhaft ist, ob der Reichsfiskus die Eisenbahnen übernehmen wird. Außerdem Wege, den die Vorlage einschlägt,

wird es möglich sein, den Gemeinden eine größere Autonomie zu geben, die gerade hier bei der Mannigfaltigkeit der Verhältnisse von der größten Bedeutung ist. Wir sind daher nicht in der Lage, den Entwurf, wie der Vorredner gethan, abzulehnen, sondern bitten, denselben einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern zur Berathung zu überweisen.

Abg. v. Sybel (gegen die Vorlage): Auch ich halte den gegenwärtigen Moment, wo alle Welt von einer umfassenden Steuerreform spricht und eine Reihe von Vorschlägen in dieser Beziehung gemacht worden ist, nicht für sehr geeignet, dieses Gesetz vorzulegen. Denn zweifellos laufen wir Gefahr, das ganze Gesetz nach dem Eintreten der Staatssteuerreform möglicherweise umarbeiten zu müssen. Eine solche Umarbeitung von Jahr zu Jahr ist bei Steuererlassen noch bedeutend mißlicher als bei anderen, weil diese auf das Tiefste in die Verhältnisse eingreifen und jede Aenderung eine mehr oder minder große Umwälzung der letzteren mit sich führt. Immerhin kann ich die Vorlage nicht als limine zurückweisen. Denn gegenüber den Inconvenienzen eines provisorischen Zustandes, die wir möglicherweise schaffen, stehen doch die viel schreienderen Inconvenienzen des jetzigen Zustandes. Unser heutiges Staats- und Communalsteuerwesen, das System der directen Steuern, bietet überall die größten Inconvenienzen und Widersprüche. Das Ergebnis ist eine wachsende unerträgliche Belastung der ärmeren und eine gewissermaßen unerlaubte Begünstigung der reicheren Klassen. Der vorliegende Entwurf zeigt zwei leitende Gedanken. Für die Communen sollen sich hauptsächlich die Real-, für den Staat die Personalsteuern eignen, und zweitens sollen die indirecten Steuern, wenigstens nicht ganz zu vermeiden sind, doch als ein notwendiges Uebel auf ein Minimum beschränkt werden. Die Vorlage beschränkt zudem in unzulässiger Weise die Autonomie der Gemeinden: überall finden wir Gebot und Verbot, auch die Aufsichtsinstanzen sind in der ängstlichsten Weise berücksichtigt, sogar vermehrt worden. Es ist richtig, daß die Realsteuern eine gewisse Bedeutung für die Communen haben.

Der Grundbesitzer zieht wohl größere Vortheile aus den städtischen Anlagen, als andere Bürger; immerhin aber fragt es sich, ob diese Vortheile so bedeutend sind, um eine doppelte, oft auch vier- und achtfache Besteuerung desselben zu rechtfertigen. Und warum sollte es den Gemeinden nicht freistehen, wenn sie es für ihre Verhältnisse angemessen finden, Personalsteuern zur Deckung ihres Haushaltes zu erheben? Man spricht jetzt so viel von der Nothwendigkeit der Entwidlung der Selbstverwaltung, und auf diesem wichtigsten Gebiete soll auf einmal die freie Verwaltung nicht mehr gelten, da soll eine Bevormundung stattfinden, freilich nicht durch ministerielle Vorschriften, sondern durch permanente Gesetze. Meiner Ansicht nach ist aber bei der mannigfachen Verschiedenheit der Verhältnisse hier eine gut geregelte Aufsichtsinanz besser am Platze, als ein starrs, permanentes Gesetz. Nach der Vorlage soll ferner niemals ein Zuschlag zur Einkommensteuer gemacht werden, ohne entsprechenden Zuschlag zur Realsteuer. Praktisch heißt das nur, daß bei der Communalsteuer die Träger der Realsteuer doppelt herangezogen werden sollen, die übrigen Personen einfach. Diese doppelte Besteuerung hat auch der Staat für sich in Anspruch genommen, so daß möglicher Weise eine vierfache Belastung der Grundbesitzer eintreten kann. In der Rheinprovinz haben die Communalabgaben den höchsten Satz erreicht, und wenn auch durch dieselben bedeutende Meliorationen erzielt werden, so ist doch das Quantum sehr drückend für gewisse Kreise der Bevölkerung. Die Grundsteuer beträgt jetzt nicht mehr wie 1867 4,6 pCt., sondern 7 pCt. des Reinertrages der Grundstücke. Bei einem Einkommen von 3000 M., einer Wohnung von 300 M., 7 pCt. Grundsteuer und 4 pCt. Miethsteuer erhalten wir folgende Zahlen: Für den Staat Grundsteuer 210 M., Gebäudesteuer 12 M., Einkommensteuer 90 M., zusammen 312 M., also 9 1/2 pCt. des Einkommens; dazu Communalsteuer; niedrig taxirt 200 pCt. der Staatssteuer, 150 pCt. Communal-Grund- und Gebäudesteuer, also Communal-Grundsteuer 315, Gebäudesteuer 18, Einkommensteuer 180, zusammen 513 Mark, in Summa demnach 825 M., also 25 pCt. des des Einkommens.

Daneben bezahlt der Gewerbetreibende unter gleichen Verhältnissen bei 2 Procent der Gewerbesteuer 400 Mark, also 12 Procent des Einkommens, der Capitalist etwa 300 Mark, also 9 Procent des Einkommens. Dazu kommt, daß das Einkommen der Beamten genau, das des Rentners dagegen von der betreffenden Behörde nur annähernd taxirt werden kann. Im Durchschnitt zählt in Preußen der Grund- und Gebäudebesitzer 20 Procent, der Gewerbetreibende 16 Procent, der Capitalist 8 Procent seines Einkommens an Staats- und Communalabgaben. Am schreiendsten ist die Differenz weniger zwischen Grundbesitzern und Gewerbetreibenden, als zwischen Weiden und den Mobilgutbesitzern. Dieses Mißverhältnis scheint die Vorlage dauernd fixiren zu wollen. Durch solche Maßregel würde aber unsere Landwirtschaft erdrückt werden. Ich bin selbst Rittergutsbesitzer, ich spreche aber hauptsächlich für die kleinen Leute auf dem Lande, welche unter der Calamität am meisten leiden. Bei unseren Zuständen können nur Millionäre, welche die Landwirtschaft als Sport betreiben, Großgrundbesitzer werden. Wenigleich die indirecten Steuern den Armen stärker belasten, als den Reichen, so verschwindet doch bei diesen der Zwang und die Willkür, welche bei jeder directen Steuer hinsichtlich der Normirung u. s. w. auftritt. Bei der indirecten Steuer zahlt der Steuerzahler, wenn er will und kann. Daß dieses Steuersystem gute Resultate mit sich führt, zeigen die großen Culturvölker, welche von Jahr zu Jahr reicher werden. Die Erhöhung der indirecten Steuern muß eine merkbare Erleichterung, namentlich für die beiden untersten Stufen der Klassensteuer hervorbringen. Eine Ergänzung dazu wäre natürlich eine gründliche Reform der Einkommensteuer. Dabei würde die Beweglichkeit der letzteren, sei es als Quotisirung oder in anderer Weise sich mit Nothwendigkeit ergeben. Auch ich bitte, die Vorlage einer Commission zur Berathung zu überweisen.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Herfurth: Der Abg. Löwe hat gesagt, die neue Vorlage sei eine Verbesserung der vorjährigen, sondern eine Verschlechterung. In 15 bis 20 Punkten sind die Beschlüsse Ihrer Commission vollständig berücksichtigt worden, in anderen Punkten zum großen Theile; und wo die Vorlage von den Commissionbeschlüssen abweicht, schließt sie sich vollständig der früheren Vorlage an. Von einer Verschlechterung ist also absolut keine Rede. Ferner ist es ein Mißverständnis, daß der Entwurf die Einführung indirecter Steuern begünstige. Zur Zeit sind die Gemeinden unter folgenden Beschränkungen befreit, neue indirecte Steuern einzuführen; erstlich unterliegen sie der Staatsaufsicht, zweitens der Bestimmung des Zollvereinsvertrages von 1867 in Betreff der zu besteuerten Verbrauchssteuern und endlich der Bestimmung über die Schlachtsteuer vom Jahre 1873. Der vorliegende Entwurf behält die zweite Beschränkung bei, verstärkt die erste, indem er für die Centralinstanz eine stets widerprüfliche Genehmigung festsetzt, und in Betreff der dritten wird die Fortsetzung oder Neueinführung der Schlachtsteuer der Initiative der Gemeinden überlassen. Die Regierung verkennt die Schwierigkeiten nicht, welche der Einführung von Decretis auf so engen Gebieten entgegenstehen. Aber sie kann deshalb nicht, wie Ihre Commission, zu einem vollständigen Verbote kommen, sondern glaubt dieselben zulassen zu sollen, so bald die städtischen Finanz- und lokalen Verhältnisse dies gestatten. Der Abg. v. Sybel findet in dem System des Entwurfes eine vorzugsweise Betonung der Realsteuern; der Entwurf spricht vielmehr ausdrücklich von einer Combination der Personal- und Realsteuern, stellt die ersteren aber immer voran. Was dann die vom Abg. v. Sybel berechneten Zahlen betrifft, so sind sie zum Theile unrichtig; in den rheinischen Communen wird eine Miethsteuer gar nicht oder nur sehr mäßig erhoben; eine Communalgrundsteuer existirt nicht. Die Regierung hat darauf hingewirkt, daß besonders die hochbelasteten Communen eine Grundsteuer erheben möchten; sie sind nicht darauf eingegangen. Wenn man sagt, man solle den Gemeinden volle Autonomie lassen, so bemerke ich, ein solcher Antrag ist in der Commission gestellt, aber demnach abgelehnt worden. Die Staatsregierung kann auch keine Verantwortung dafür übernehmen, daß die Gemeinden hier nach freiem Ermessen verfahren. Wenn man bloß über die neu einzuführenden Steuern Vorschriften erläßt, das Bestehende aber gelten lassen will, so würde man damit auf den Standpunkt der Städteordnung von 1853 kommen, welche in Betreff der bestehenden Steuern eine Revision der Regulative in Aussicht nimmt. Damit ist gar nichts geholfen, so daß noch jetzt unser Commu-

nalsteuerwesen nichts ist, als ein Conglomerat von unberechtigten Eigenthümlichkeiten.

Abg. Meyer (Breslau) hält das Zustandekommen des Gesetzes für durchaus wünschenswerth, man brauche nicht bis zum Abschluß der Steuerreform zu warten; nach der Reform werden die Communen ihren Haushaltsplan ändern müssen, eine Aenderung des Gesetzes ist nicht erforderlich. Uebrigens hat der Finanzminister die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communen nicht verprochen, sondern nur in unbestimmten Ausdrücken die Möglichkeit derselben in Aussicht gestellt. Es ist Gefahr vorhanden, daß das Gesetz scheitert an der pessimistischen Stimmung in Betreff der Verwaltungsreform und an der Coalition von Minoritäten, die sich an Einzelheiten stoßen. Aber damit wird das Bedürfnis nicht aus der Welt geschafft. Der Entwurf leistet Positives, indem er in manchen Landestheilen eine wahrhafte Anarchie des Communalsteuerwesens beseitigt; er erledigt ferner die Frage der Besteuerung der Forenjen, die Frage der Doppelbesteuerung und der Besteuerung der Commanditgesellschaften auf Actien. Die Frage der Beamtenbesteuerung wird hoffentlich im Sinne der Commissionbeschlüsse erledigt werden. Was die Steuerpflicht des Fiskus betrifft, so hat man früher immer gesagt, er könne nicht besteuert werden. Diesen Fiskus, der uns in Donner und Blitz erscheint, haben wir niemals besteuern wollen, sonst wäre es uns ergangen wie der Semele. Aber der Donnerer erschien der Danae in Gestalt eines goldenen Regens, der Aktene in menschlicher Gestalt (Uranus), und so erscheint der Fiskus uns oft in der einfachsten Gestalt eines Bergwerks- oder Gutsbesizers. Und als solche wirtschaftliche Person soll er wie der Private besteuert werden, wie die Vorlage dies auch zugeht. Unentschieden ist nur die Frage der Besteuerung des Reichsfiskus geblieben, die abgesehen von Berlin eine reine Doctorfrage ist: denn der Reichsfiskus treibt kein Gewerbe. Wenn er die Eisenbahnen übernimmt, könnte diese Frage immer noch geregelt werden. Besonders lasse der Entwurf den Communen eine sehr weite Latitüde innerhalb dreier Schranken. Sie dürfen keine von den staatlichen abweichenden Einkommensteuerregulative erlassen, was sehr vernünftig ist.

Die Maßsteuer ist verboten; dieses Verbot konnte auch noch auf die Schlachtsteuer ausgedehnt werden, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse widersprechen stets einem solchen Decret. Endlich soll zwischen Real- und Personalsteuern stets eine bestimmte Relation aufrecht erhalten werden. Ueberausend was die Rede des Abgeordneten von Sybel: er wollte die Autonomie der Gemeinden gefördert wissen zu Gunsten der untersten Steuerstufe. Bei einer Autonomie der Gemeinden werden doch immer nur die Herrschenden begünstigt; um seine Absichten zu erreichen, müßte man das allgemeine Wahlrecht in den Communen einführen, damit die untersten Klassen zur Herrschaft gelangen. Ferner sollen auch die Rittergutsbesitzer zu dem am meisten leidenden Theil der Bevölkerung gehören; er bekannte sich selber als dieser Klasse angehörig; daß man infoseren angenehm, als dann seine heutige Rede den Historiker nicht belastet, denn seine Schilderung war keine streng historische. Die von ihm angeführten Zahlen sind ja schon zum Theil als unrichtig bezeichnet. Jedemfalls hat er nur berechnet, was der Grundbesitz zahlt, nicht aber die ihm durch öffentliche Einrichtungen erwachsende Verzichtnahme in Anschlag gebracht; denn der Grundbesitz kann sich öffentliche Einrichtungen am meisten zu nütze machen. Der vom Abg. von Sybel geschilderte Mensch war übrigens kein wirklicher Mensch, sondern der mittlere Mensch des Duetelet, der ein solches Ungeheuer und mit solchen Mängeln behaftet ist, daß man auf ihn keine Rücksicht zu nehmen hat und auch Niemand sich mit ihm vergleichen möchte. Am Besten wäre es, wenn der Staat, wie dies in England geschieht, alle Communalabgaben auf den Grundbesitz werfen könnte. Das geht aber bei unserem stark verschuldeten Grundbesitz nicht. Der Entwurf läßt aber erfindungsreichen Kämpfern großen Spielraum, Realsteuern einzuführen. Wenn in einem Falle der große Wurf gelungen sein sollte, wird sich auch die Sache für den Staat machen. Besonders dürfte der wachsende Bauwerth sich für die städtische Besteuerung eignen und auch eine Steuer vom Gewerbebetrieb, sofern er durch communale Einrichtungen befördert wird, dürfte sehr nützlich und gewinnbringend sein. Redner wünscht deshalb eine Förderung und womöglich Fertigstellung des Entwurfes; er beantragt denselben einer Commission zu überweisen.

Abg. v. Sine: Das Gesetz bringt im Vergleich zu den jetzigen Zuständen wesentliche Verbesserungen. Trotzdem ich selbst Grundbesitzer bin, muß ich mich gegen die Behauptung des Abg. v. Sybel erklären, daß es die Tendenz dieses Gesetzes sei, den Grundbesitz besonders zu belasten. Ich finde es allerdings bedenklich, daß man jetzt den Communen die Wiedereinführung der Schlachtsteuer gestatten will, nachdem sich alle Verhältnisse bereits umgestaltet haben. Die Commission wird hier gewissenhaft die entgegenstehenden Interessen gegen einander abwägen müssen. Den geringeren Pflichten der Beamten gegen die Communen müßte auch eine Verminderung ihrer Rechte entsprechen, damit sie nicht, wie häufig bei den letzten Communalwahlen, eine erdrückende Wirkung üben und so indirect Alles in den Communen nach dem Willen der Regierung durchsetzen. Aus Sorge für die Zukunft müßte die Steuerpflicht des Reichsfiskus in das Gesetz eingetragt werden. Obwohl ich wegen des Mangels einer Landgemeinde- und Wege-Ordnung den Erlaß dieses Gesetzes im Augenblick nicht für opportun halte, beantrage ich doch die Verweisung der Vorlage an die um 7 Mitglieder verstärkte Gemeinde-Commission.

Abg. Miquel: Das Gesetz läßt sich in zwei wesentliche Theile zerlegen. Der erste derselben erscheint mir eben so notwendig wie sympathisch, das ist derjenige, welcher das Steuerrecht der Gemeinden an Personen und Sachen, die Fragen der Besteuerung der Forenjen, des Fiskus, der Actien-Gesellschaften und die Frage der Doppelbesteuerung regelt. Wenn ich auch einzelne Ausstellungen, hauptsächlich hinsichtlich der Exemptionen, habe, so muß ich doch sagen, daß der Entwurf diese Fragen im Ganzen richtig löst. Der zweite Theil, der unter Verzichtung der Autonomie der Gemeinden feste gesetzliche Regeln über die Art der Besteuerung in den Gemeinden aufstellt, erscheint mir bedenklich und nicht notwendig. Ist das zur Zeit rathsam und möglich? Ist es nicht viel mehr eine gefährliche Bureaucratie und Schablone? Ich bin nicht gegen das Princip, daß der Staat berufen sei, den Gemeinden bestimmte Normative für ihre Verwaltung zu geben. Ich halte den Staat nicht für ein loses Conglomerat einzelner houbrener Gemeinden. Thatsächlich ist aber in den Gemeindeverfassungen der verschiedenen Provinzen durch alles Herkommen und neuere Gesetze das Stimmrecht geregelt nach dem Steuerfuß der Contribuirenden. Kann man hier einen Schnitt machen und die Steuerfrage allein regeln ohne die Gemeindeverfassung? In vielen Gemeinden gilt noch das alte deutsche Recht der Stimmabgabe nach den alten Hofeinkünften, wofür die Hofbesitzer auch allein alle Communallasten zu tragen haben.

Wie sollen diese Verhältnisse nach Erlaß dieses Gesetzes sich gestalten? Und auch wo das Stimmrecht in den Communen durch neuere Gesetze geregelt ist, hat es zur Voraussetzung eine bestimmte Steuervertheilung. Wenn wir dennoch letztere jetzt allein regeln, so präjudiciren wir damit der künftigen Regelung der Landgemeindevorstellung in einer mir und auch gewiß der Regierung nicht willkommenen Weise. Das Gesetz unterscheidet streng zwischen Landgemeinden und Städten, weil ihr sociales Leben durchaus verschieden ist. Nach der Ausdehnung unserer Städteverfassung existirt ein solcher strenger Unterschied in vielen Fällen gar nicht. Es giebt viele Städte, welche eigentlich den Charakter von Landgemeinden haben und umgekehrt. Die Verschiedenheit wird hier nur begründet durch die äußere Form, was bei einem Steuergesetze nicht der Fall sein sollte. Innerhalb der Städte selbst sind die Verhältnisse so verschieden, namentlich wenn man an die verschiedene Belastung des Grundbesitzes durch Begebau zc. denkt, daß eine allgemeine Regel bedenklich erscheint. Wie verschieden endlich ist das Verhältnis der Nutzung der einzelnen Bürger an dem Gemeindevermögen! Ein Versuch der allgemeinen Regelung der Besteuerungsart ist also nach den historischen und gegenwärtigen Verhältnissen der preussischen Gemeinden kaum durchführbar, und wenn er es wäre, dann wäre es im jetzigen Augenblick bedenklich. Das ganze Gesetz wenigstens in diesem Theile hängt auf das Engste zusammen mit der beabsichtigten Steuerreform im Staat.

Gelangt die Absicht der Regierung zur Ausführung, daß der Staat die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den Communen überweist, so wird

Berliner Börse vom 10. December 1878.

Fonds- und Geld-Course. Deutsche Reichs-Anleihe, Consolidirte Anleihe, Staats-Schuldenscheine, Präm.-Anleihe v. 1853, Berliner Stadt-Oblig., Pommersche, do. Ländsch.Ord., Posensche neue, Schlesische, Ländsch. Central, Kur-u. Neumark, Pommersche, Posensche, Preussische, Westfal. u. Rhein., Sachsische, Badische Präm.-Anl., Baierische 4 1/2 Anleihe, Cöln-Mind. Prämienanl., Sächs. Rente von 1876.

Wechsel-Course. Amsterdam 100 Fl., London 1 Lstr., Paris 100 Frs., Petersburg 100 SR., Warschau 100 SR., Wien 100 Fl., do. do.

Eisenbahn-Stamm-Actien. Aachen-Mastricht, Berg-Mäckische, Berlin-Anhalt, Berlin-Dresden, Berlin-Görlitz, Berlin-Hamburg, Berl.-Potsd.-Magdb., Berlin-Stettin, Bresl.-Freib., Cöln-Minden, Dux-Bodenbach, Gal. Carl-Ludw., Halle-Sorau-Gub., Hannover-Altenb., Kaschau-Oderberg, Kronpr. Rudolf, Ludwigsh.-Bexb., Magdeb.-Halberst., Mainz-Ludwigsh., Niederschl.-Märk., Oberschl. A.C.D.E., do. B., Oesterr.-Fr. St.-B., Oest. Nordwestb., Oest.Südb.(Lomb.), Ostpreuss. Südb., Reiche.-u.-U.B., Reichenberg-Parde., Rheinische, do. Lit. B. (40/80), Rhein.-Nahe-Bahn, Rumän. Eisenbahn, Schwarz. Westbahn, Stargard.-Pozener, Thüringer Lit., Warschau-Wien.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Berlin-Dresden, Berlin-Görlitzer, Breslau-Warschau, Halle-Sorau-Gub., Hannover-Altenb., Kohlitz-Falkenb., Märkisch-Posener, Magdeb.-Halberst., do. Lit. C., Oest. Südbahn, Rechte-O.-U.E., Rumänien, Saal-Bahn, Weimar-Gera.

Bank-Papiere. Alg. Deu. Hand., Anglo Deutsche, Berl. Kass. v. 1871, Berl. Handels-Ges., Berl. Pr.-u. Hdl.-B., Braunsch.-Bank, Bresl. Disc.-Bank, Bresl. Wechselb., Coburg. Cred.-Bnk., Danziger Priv.-Bk., Darmst. Creditb., Darmst. Zettelb., Deutsche Bank, do. Reichsbank, do. Hyp.-B. Berlin, Disc.-Comm.-Anst., do. ult., Genossensch.-Bnk., do. junge, Goth. Grundcred., Hamb. Vereins-B., Hannover. Bank., Königsb. Ver.-Bnk., Ldw.-B. Kwieckl., Leipz. Cred.-Anst., Luxemburg. Bank, Magdeburger do., Meiningen, Nordd. Bank., Nordd. Grundcred., Oberlausitzer Bk., Oest. Cred.-Actien, Posener Pr.-Bank, Pr. Bod.-Cr.-Act., Pr. Cent.-Bod.-Cr., Sachs. Bank., Schl. Bank-Verein, Weimar. Bank., Wiener Unionsbk.

In Liquidation. Berliner Bank, Berl. Bankverein, Berl. Wechselb., Centralb. f. Genos., Deutsche Unionsb., Gwb. Schuster u. C., Moldauer Lds.-Bk., Ostdänischer Actiark, Pr. Credit-Anstalt, Sachs. Cred.-Bank, Schl. Vereinsbank, Thüringer Bank.

Industrie-Papiere. Berl. Eisenb.-Bd-A., D. Eisenbahn-G., do. Reichs-u.-Co.-B., Märk. Sch. Masch.G., Nordd. Gummiabf., Westend. Com.-G., Pr. Hyp.-Vers.-Act., Schles. Feuervers., Domersmarchhütt., Dortmund, do. abgest., Königs- u. Laurab., Lauchhammer, Marienhütte, Oschl. Eisenwerke, Cons. Redenhütte, Schl. Kohlenwerke, Schl. Zink-Actien, do. St.-Pr.-Act., Tarnowitz. Bergb., Vorwärtschütte., Baltischer Lloyd, Bresl. Bierbrauer, Bresl. E.-Wagenb., Erdm. Spinner., Görlitz. Eisenb., Hoffm.'s Wag.-Fabr., O.-Schl. Eisenb., Schl. Leinwand., do. Porzellan., Wilhelmsh. MA.

Hafers in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. neuer 9,80-10,30-11,60 bis 12,10 Mart. Bohnen in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 10,80-11,60-12,00 Mart. Erbsen mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 13-14-16 Mart, Victoria 17,50-18,50-19,50 Mart. Lupinen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 15,50-16,50-18 Mart. Weizen schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40-11,00-11,60 Mart. Delfsaaten ohne Aenderung. Schlaglein unbedändert. Bro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf. Schlag-Leinsaat 24-21-19-18, Winterraps 23-75-20-50-18-18, Winterrüben 23-20-20-18-18, Sommerrüben 23-20-20-18-18, Leinodter 20-19-17-17. Rapstuchen schwach gefragt, pr. 50 Kilogr. 6,30-6,60 Mart. Leinfäden ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 8,10-8,50 Mart. Kleesamen schwacher Umsatz, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 35-39-43 Mart., weißer unbedändert, pr. 50 Kilogr. 42-55-63 Mart, hochfeiner über Notia. Hypothek nominell, pr. 50 Kilogr. 15-18-19 Mart. Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,75-26,75 Mart, Roggen fein 18,25-19,25 Mart, Haubaden 18,00-18,50 Mart, Roggen-Zutiermehl 8-9 Mart, Weizenkleie 6,25-7,25 Mart. Sen 2,40-2,80 Mart pr. 50 Kilogr. Roggenstroh 18,00-20,00 Mart pr. Schock à 600 Kilogr.

Breslau, 11. Dec. [Wasserstand.] D.-S. 4 M. 98 Cm. U.-B. - M. 28 Cm.

Telegraphische Depeschen.

Rom, 10. Dec. Deputirtenkammer. Luqatti meldete eine Interpellation an, dahingehend, ob die Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, daß der Handelsvertrag mit Oesterreich noch im Laufe dieses Monats abgeschlossen würde; ob man, falls die Verhandlungen erfolglos bleiben sollten, die Anwendung des allgemeinen Tarifes beabsichtige und ob in diesem Falle der Tarif mit Abänderungen zur Anwendung gelangen würde; ob es wahrscheinlich sei, daß die Verhandlungen mit Frankreich wieder aufgenommen werden würden und schließlich, ob man es für opportun halte, mit der Schweiz in Verhandlungen einzutreten. Der Finanzminister bezieht sich vor, den Zeitpunkt für die Beantwortung dieser Fragen später zu bestimmen, für den Augenblick erachte er solche nicht für zweckmäßig, da die Verhandlungen mit Oesterreich noch fortdauern. - Hierauf wurde die Debatte über die die innere Politik betreffenden Interpellationen fortgesetzt. Morini begründete seine gegen das Ministerium gerichtete Motion, Bertani namens 21 Genossen eine solche zu Gunsten des Cabinets. Die Sitzung dauert noch fort.

Versailles, 10. Dec. Die Deputirtenkammer hat die Wahl des ehemaligen Unterstaatssecretärs in dem Ministerium vom 16. Mai, Reille, für ungültig erklärt.

Lafore, 10. Decr. Officiell. Das Gerücht, der Emir Schir Ali sei durch den Engpaß von Bamian nach Turkestan entflohen, bestätigt sich nicht. Der Gesundheitszustand der englischen Truppen im Khyberpaß ist ein guter, derjenige der eingeborenen ein etwas ungünstiger.

Wymouth, 9. Decr. Der Hamburger Postdampfer „Gellert“ ist hier angekommen.

Konstantinopel, 9. Decr.

Der zwischen Fürst Lobanoff und der Pforte paraphirte definitive Friedensvertrag führt den Titel „Traité particulier“ und behandelt die wesentlichen Punkte, angeblich nachfolgendes: 1) Eine baare Kriegsschädigung von 300 Mill. Rubel, welcher Betrag sich ergibt, wenn von den im Artikel 19 des Vertrags von St. Stefano stipulirten 1 Milliarde 410 Mill. Rubel Kriegskosten, 1 Milliarde 110 Mill. Rubel für die an Rußland abgetretenen asiatischen Provinzen in Abzug gebracht werden. 2) Zehn Millionen Rubel Entschädigung an diejenigen russischen Unterthanen, welche durch den Krieg in ihren Handels- oder sonstigen Interessen geschädigt wurden. 3) Erledigung innerhalb eines noch zu fixierenden Zeitraumes aller Prozesse, welche bei dem hiesigen Auswärtigen Ministerium zwischen russischen und türkischen Unterthanen im Gange sind. 4) Fixirung eines Zeitraumes, innerhalb dessen die Bewohner der von Rußland annectirten asiatischen Provinzen ungehindert nach der Türkei auswandern können und Regelung ihrer Besitzverhältnisse und sonstigen Interessen. 5) Regelung der Uebernahme oder Verwerthung der in den annectirten Provinzen existirenden türkischen Staats- oder Kirchengüter. Der Berliner Congreß hat in der Hinsicht des im Punkt 4 und 5 Erwähnten keine Entscheidung getroffen, soweit es die an Rußland gefallenen türkischen Landes- theile betrifft, wohl aber bezüglich der Serbien, Montenegro, Rumänien und Bulgarien zugesprochenen Gebiete. Im gleichen Sinne soll auch die Regelung in den an Rußland gefallenen asiatischen Gebietstheilen erfolgen. 6) Fixirung eines Zeitraumes zur Begräbnisfeier des in den abgetretenen Festungen und Arsenalen noch befindlichen türkischen Kriegsmaterials oder eines Uebereinkommens bezüglich dessen Uebernahme Seitens Rußlands. 7) Bestimmung des Zeitpunktes der Räumung des von russischen Truppen derzeit noch besetzten türkischen Gebiets. (Seitens des Fürsten Lobanoff sind 3 Monate, gerechnet vom Tage der Friedensunterzeichnung, vorgeschlagen.) Wie berichtet wird, sind sämtliche Punkte mit Ausnahme 1 und 2, über welche noch verhandelt wird, bereits einer definitiven Verständigung unterzogen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 10. Decr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 48. Pariser Wechsel 80, 95. Wiener Wechsel 173, 60. Böhmische Westbahn 138. Elisabethbahn - Galizier 204%. Franzosen 222%. Lombarden 59%. Nordwestbahn 94%. Silberrente 54%. Papierrrente 53%. Oesterr. Goldrente 62%. Ungar. Goldrente 72%. Italiener - Russ. Bodencredit 72%. Russen 1872 81%. Neue russ. Anleihe 82%. Amerikaner 1885 99%. 1860er Loose 109%. 1864er Loose - Creditactien 199%. Oest. National-Bank 682, 00. Darmstädter Bank 115%. Meiningen Bank 76%. Hess. Ludwigsbahn 68%. Ungarische Staatsloose 155, 00. do. Schatzanweisungen, alte - do. Schatzanweisungen, neue 99%. do. Ostbahn-Obligationen II. 64%. Central-Pacific 104. Reichsbank 155. Reichs-Anleihe 95%. Sehr fest, starke Rentenanläufe. Nach Schluß der Börse: Creditactien 199%, Franzosen 222%, Oesterr. Goldrente 85, Ungarische Goldrente 72%, Galizier - , 1877er Russen 82%.

Hamburg, 10. Decr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116, Silberrente 54%, Oest. Goldrente 62%, Ung. Goldrente 72%, Creditactien 199, 1860er Loose 109, Franzosen 555, Lombarden 150, Ital. Rente 74, Neufte Russen 82%, Vereinsbank 121, Laurabütte 69, Commerzbank 102, Norddeutsche 138%, Anglo-deutsche 30, Int-Bank 83, Americ. de 1885 98%, Köln-Minden. St.-A. 103, Rhein-Eisenb. do. 107%, Bergisch-Märkische do. 76%, Disconto 3 1/2 pCt. - Schluß fest. Silber in Barren per 500 Gr. fein M. 74, 75, Br., 73, 75 Gr. Wechselnotirungen: London lang 20, 27 Br., 20, 21 Gr., London kurz 20, 51 Br., 20, 41 Gr., Amsterdam 167, 40 Br., 166, 80 Gr., Wien 172, 00 Br., 170, 00 Gr., Paris 80, 40 Br., 80, 00 Gr., Petersburger Wechsel 197, 50 Br., 193, 50 Gr. Hamburg, 10. Decr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco rubig, auf Termine matt. - Roggen loco rubig, auf Termine matt. Weizen per December-Januar 174 Br., 173 Gr., per April-Mai 180 Br., 179 Gr., Roggen per Dec.-Jan. 120 Br., 119 Gr., per April-Mai 121 Br., 120 Gr. Hafer still, Gerste still. Rüböl rubig, loco 59, per Mai 59. Spiritus still, per December 44 Br., per Februar-März 43 1/2 Br.

per April-Mai 43 1/2 Br., per Mai-Juni 43 1/2 Br. Kaffee matt, Umsatz 1000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 9, 10 Br., 9, 00 Gr., per December 9, 00 Gr., per Januar-März 9, 20 Gr. - Wetter: Schneelust. Liverpool, 10. Decr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Unbedändert. Tagesimport 11,000 B., davon 7000 Ballen amerikanische, 1000 Ballen ostindische. Liverpool, 10. Decr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Matt. Futures 1/2 D. billiger. Amerikaner aus irgend einem Hafen, neue Ernte, Januar-Februar-Lieferung 5, Februar-März-Lieferung 5 1/2 D. Manchester, 10. Decr., Nachm. 12r Water Armitage 7, 12r Water Taylor 7, 20r Water Micholls 8, 30r Water Bidlow 8 1/2, 30r Water Clayton 9, 40r Mule Maypoll 8 1/2, 40r Medio Wilkinson 10, 36r Wap-cops Qualität Howland 9, 40r Double Weston 9 1/2, 60r Double Weston 13, Printers 19 1/2, 8 1/2 pfd. 90. - Rußig. Petersburg, 10. Decr., Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 Monate 23 1/2, do. Hamburg 3 M. 199%, do. Amsterdam 3 M. 118 1/2, do. Paris 3 M. 245 1/2, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 236 1/2, do. de 1866 (gest.) 230 1/2, Russ. Anleihe de 1873 - 1/2, Imperials 8, 44. Große Russische Eisenbahnen 249, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 119 1/2. Privatdiscout 4 1/2 %. Petersburg, 10. Decr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Saig loco 57, 00. Weizen loco 13, 00. Roggen loco 7, 75. Hafer loco 4, 75. Hauf loco - , Leinsaat (9 Bud) loco 14, 00. - Wetter: Thaumetter. Königsberg, 10. Decr., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen ermattend. Roggen unbedändert, loco 121/22pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 111, 00. pr. Frühjahr 110, 00. pr. Mai-Juni 110, 00. - Gerste unbedändert. Hafer still, loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. 100, 00. pr. Frühjahr 96, 00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht neue feinste Rothwaare 121, 00. Spiritus pr. 100 Ltr. 100 Pct. loco 53, 00. pr. December 52, 50. pr. Frühjahr 53, 25. Wetter: Thauschnee. Danzig, 10. Decr. [Getreidemarkt.] Weizen stau. Umsatz 250 To. Bunter pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 165, 00-168, 00 hellbunter 170, 00 bis 178, 00, hochbunter und glasig 180, 00-185, 00, russischer abfallend 157, 00, do. besserer 162, 00-175, 00. pr. April-Mai 181, 00. Mai-Juni 182. Roggen stau. 12pfd. loco pr. 2000 Pfund Zollgew. inländischer - , do. loco russischer 102, 00-107, 00. pr. April-Mai 115, 00. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 112, 00. Große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 110, 00-136. Weiße Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 110, 00. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 51, 00. Rüböl loco 208, 00. Pest, 10. Decr., Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco rubig, Termine matter, per Frühjahr 8, 65 Gr., 8, 70 Br. Hafer per Frühjahr 5, 87 Gr., 5, 90 Br. Mais (Banat) per Frühjahr 4, 95 Gr., 5, 00 Br. - Wetter: Trübe. Paris, 10. Decr., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen rubig, per December 26, 75. pr. Januar-Februar 27, 00. pr. März-April 27, 75. März-Juni 27, 75. Mehl matt, per December 60, 00. pr. Januar-Februar 60, 25. pr. März-April 60, 75. pr. März-Juni 61, 00. Rüböl fest, per December 84, 50. pr. Januar 85, 00. Januar-April 85, 00. per Mai-August 85, 50. Spiritus matt, per Decr. 61, 75. per Januar-April 60, 50. - Wetter: Bebeder Himmel. Paris, 10. Decr., Nachm. Rohzuder rubig, Nr. 10/13 pr. Decr. pr. 100 Kilgr. 50, 75. Nr. 5/7 pr. Decr. per 100 Kilgr. 56, 75. Weißer Zuder rubig, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. per December 59, 50. per Januar 59, 75. per Januar-April 60, 50.

Antwerpen, 10. Decr., Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen rubig. Roggen unbedändert. Hafer stau. Gerste rubig. Antwerpen, 10. Decr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22 1/2 bez., 22 1/2 Br., per Januar 22 1/2 Br., per Februar 22 1/2 Br., per März 22 1/2 Br. - Steigen. Bremen, 10. Decr., Nachm. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 85. per Januar 8, 85. per Februar 8, 90. per März-April 9, 10.

Weihnachtsliteratur.

Wenn die Weihnachtszeit heranahet, da stellen sich neben vielen neuen Gästen auch gute alte Bekannte ein, die wir dann doppelt willkommen heißen. Ein solcher alter Freund der Jugend wie des Alters, der aber selbst nie altert, ist Wilhelm Hauff, der lebensfrische Erzähler, der an-muthige Dichter, der lebenswürdige Geselle, der uns aus dem Bremer Rathshaus nach Schloß Lichtenstein führt, der uns mit Memoiren des Sa-lons unterhält, uns mit Nichten erfreut und sich den Spaß macht, Clau-rens Trivialitäten nachzuäffen. Wer einmal seine Schriften gelesen, dürfte sie immer wieder gerne lesen, wer Hauff noch nicht kennt, wird sich bald dem Zauber dieses sympathischen Talentes unbefangenen hingeben. Es war daher ein sehr glücklicher Gedanke der Grotischen Verlags-Buch-handlung in Berlin, eine neue, geschmackvoll illustrierte Ausgabe der Werke Hauffs, welche Adolf Stern zusammengestellt hat, in vier schöne Pracht-bänden zu veranstalten und so die Gelegenheit zu bieten, ein Weihnachts-geschenk zu erwerben, daß viele andere an inneren Werth übertrifft dürfte.

„Dichterprofile. Literaturbilder aus dem neunzehnten Jahrhundert.“ Von Adolf Strodtmann. Erster Band: Deutsche Dichterkarriere. Zweiter Band: Charakterköpfe der ausländischen Literatur. (Stuttgart, Ubenheim.) Zu unseren emsigsten Literaturgeschichtsforschern und Literatur-essayisten gehört unstreitig A. Strodtmann. Dabei besitzt er Urtheil, Ge-schmack und ein vielerprobtes Darstellungstalent. Kein Wunder, daß sich seine Arbeiten auch im größeren Publikum rasch einbürgern. Sein kritischer Grundhaß, herberragende Schriftsteller nach ihrem eigenen Maßstabe, d. h. nach dem zu messen, „was ihnen selber bei ihrem Schaffen vor der Seele stand“, verbürgt uns eine Objectivität der Auffassung, welche sich durch keine Schuldoctrinen beirren läßt. Diesen wohlthuenden Eindruck wird auch der Leser der vorliegenden Sammlung literarischer Charakterfesszen empfin-den, die sich durchaus mit echt modernen Schriftstellern beschäftigen. Strodt-mann weiß der Eigenart jedes Autors gerecht zu werden und sie uns im scharfen Gepräge wiederzugeben. Die zwei Bände behandeln: Hoffmann von Fallersleben, Ferdinand Freiligrath, Emanuel Geibel, Georg Herwegh, Franz Dingelstedt, Friedrich Heibel, Hermann Lingg, Robert Hamerling, Berthold Auerbach, Friedrich Spielhagen, die Mutter Heinrich Heines und dessen Jugendzeit; Frau von Staël und Benjamin Constant, Algenon Charles Swinburne, Hans Christian Andersen, B. J. L. Almqvist. Die Sammlung ist geschmackvoll ausgestattet.

Vermischtes.

[Ein Meteorstein] der kürzlich in der Wüste Mohan gefunden und nach Fort Yuma gebracht wurde, wird in der „Galveston (Texas) News“ folgen-dermaßen beschrieben: Der fast ein Pfund wiegende Eisenstein abnelt Stahl und zeigt stellenweise reines Gold, an der Oberfläche allein ungefähr für einen Dollar. Er ist nicht magnetisch und einfache so wie verstärkte Wäber von Schwefelsäure üben nicht den geringsten Einfluß auf ihn aus; in dieser jedoch in keiner andern Hinsicht gleicht er Spiegeleisen. Eine seiner Oberflächen zeigt einen Bruch, der eine stahlgraue, mit Gelf gesprenkelte kryallartige Formation bloßlegt. Versuche, ihn mittelst der besten Meißel zu zerlegen oder auch nur kleinere Stücke abzudrücken, erwiesen sich selbst bei den kräftigsten Schlägen erfolglos, und wäre es möglich, die Zusammen-setzung des Steines nachzuahmen, so würde man das härteste und wider-standsfähigste bisher bekannte Metall hervorbringen.

Thalia-Theater. Mittwoch, 11. Dec. 3. 4. M. Mit neuen Decorationen. „Drei Haare eines Gladiators.“ Große Weihnachtsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bil-dern und 1 Vorspiel von H. J. Anders. [8880] Dr. Hönl's Klinik für Hautkrankte etc. [8578] Breslau, Gartenstrasse 46 c.

Breslau, 11. Dec., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen unbedändert, bei schwachem Angebot Preise gut preishaltend. Weizen in rubiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,30-15,70-17,00 Mart, neuer gelber 13,00-15,40 bis 16,40 Mart, feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen, zu notirten Preisen gut verkauflich, pr. 100 Kilogr. 10,30 bis 11,30 bis 11,90 Mart, feinste Sorte über Notiz bezahlt. Gerste schwach preishaltend pr. 100 Kilogr. neue 12,30 bis 13,30 Mart, weiße 14,00-14,60 Mart.

Frischen, nicht conservirten Astrachaner Caviar offerirt die Russische Caviar-Niederlage von B. Persicaner in Myslowitz, das Brutto-Pfund prima mit Mark 4,50, secunda Mk. 3,50. [1998] Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth u. Comp. (B. Friedrich) in Breslau.